



Teuerung, Energiekrise, Klima, Krieg:

Kapitalismus funktioniert nicht

- » Brecht die Macht der Märkte!
- » Energiesektor komplett in öffentliches Eigentum!



Credits: Sozialistische Offensive

- **Keine Reallohnverluste! Für entsprechende Lohnerhöhungen in allen Branchen sowie Anhebung der Pensionen und des Arbeitslosengeldes! Lebensstandards verteidigen!**
- **Entliberalisierung des Energiemarktes sowie Überführung des gesamten Energiesektors in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung!**
- **Schluss mit Korruption - für eine neue Arbeiter/innenpartei die die Interessen von Arbeitnehmer/innen vertritt!**
- **Nein zu Krieg und Aufrüstung! Kein Vertrauen in Nato oder Putin!**
- **Ursache von Krieg, Klimawandel, Krise und Co. beseitigen - Kapitalismus abschaffen!**
- **Wirtschaft demokratisch und nachhaltig planen - für eine echte sozialistische Gesellschaft!**

Sozialistische Offensive

Arbeitnehmer/innen brauchen ihre eigene Partei!

Instabilität ist „die neue Normalität“

Wir leben in einer immer instabiler werdenden Welt. Gaskrise, Teuerung, Klima, Covid, Krieg und Aufrüstung, wirtschaftliche Krise. Im Herbst können wir mit anhaltend steigender Inflation konfrontiert sein - in Kombination mit Betriebsschließungen und Personalabbau wenn es zu einer Rezession kommen sollte. Falls es zu einer Konfrontation zwischen China und der USA um Taiwan kommt (zusätzlich zum fortgesetzten Ukraine-Krieg), kann es sein, dass dies die derzeitige Inflation in den Schatten stellen wird, da Europa stark von Importen aus China abhängig ist (z.B. Medikamente etc.). Gleichzeitig gehen in Österreich die Skandale um die ÖVP weiter. Die Grünen haben weder auf Klimakrise noch Gaskrise Antworten. Die Regierung hält sich mehr schlecht als recht, hofft dass sie die Regierungsperiode übersteht. Jede einzelne der zahlreichen Regionalwahlen kann einen Zusammenschnitt der Regierung triggern. Nehammer ist mit laut „Morning Consult“ mit 68% Ablehnung der unbeliebteste Regierungschef der Welt. In ihrer Verzweiflung stürzt sich die ÖVP auf Dinge wie die Krise von Wien Energie - die sie selbst durch die Liberalisierung des Energiemarktes mitzuverantworten hat.

Inflation nicht der Rechten überlassen

Die Regierung hat bis jetzt nur kosmetische Maßnahmen in Bezug auf die Teuerung umgesetzt. Der ÖGB hat für den 17.9. Demonstrationen rund um das Thema Teuerung angekündigt. Wenn diese aber nicht mit einem gewerkschaftlichen Eskalationsplan verbunden werden und nur zum Dampfblassen dienen, wird das Terrain der FPÖ und MfG überlassen, die kein Problem haben, das Thema zu besetzen. Die bürgerlichen Medien zeichnen bereits ein Szenario gewaltssamer Proteste - auch um Stimmung gegen mögliche Proteste gegen linker oder gewerkschaftlicher Seite zu machen. Auch wenn die FPÖ aufgrund interner Konflikte in der Krise scheitert - sie ist in Umfragen auf den dritten Platz zurück gekehrt. Es kann aber zu Spaltungen und Umgruppierungen im rechten Lager kommen, vor allem wenn diese sich uneins sind, wie sie am besten von der aktuellen Situation profitieren. Das Thema Teuerung darf auf keinem Fall der Rechten überlassen werden.

Welche Alternative zu Schwarz-Grün?

Im Moment ist die SPÖ im Aufwind aufgrund der Schwäche der Post-Kurz-ÖVP. Aber, wie die SPÖ auch in vergangenen Koalitionen bewiesen hat bzw. wie ihre aktuelle Politik in Wien zeigt, sie wird keine grundlegend anderen Akzente setzen, da auch sie am Kapitalismus festhält. Falls es tatsächlich vor Ablauf der Regierungsperiode Wahlen geben sollte, ist eine Ampel nicht auszuschließen. Aber hier zeigt Deutschland, in welche Richtung eine solche gehen würde. In Abwesenheit einer klaren linken Alternative gehen Proteststimmen im Moment an die Bierpartei. Die Bierpartei unterscheidet sich von anderen „Spaßparteien“ wie „Die Partei“ in Deutschland darin, dass sie aus dem anarchistischen Bereich kommt und vage mit „links“ assoziiert wird. Gleichzeitig betont Marco Pogo, dass er sich „nicht in Links-Rechts-Schemata einordnen lässt“ sondern dass er „in der Mitte“ steht. Das ist zwar eine Möglichkeit Wähler/innen anzusprechen, die mit „links“ nur gesellschaftsliberale Politik verbinden (auch aufgrund der Tatsache dass Organisationen wie Links sich auf Identity Politics und Umweltfragen konzentrieren und sich nur wenig von den Grünen unterscheiden). Allerdings ist dies zum Teil auch ein bewusster Schachzug um eine klare inhaltliche Positionierung zu vermeiden. Das bedeutet dass Erfolge der Bierpartei ein Ablaufdatum haben und keinen Fortschritt in Richtung neue Arbeiter/innenpartei oder gar sozialistische Politik, die das System herausfordert, darstellen. Die Politik eines Selenskyj zeigt, wohin Spaß-Protest-Parteien gehen können - in der Regierung setzen sie sogar gegen die Gewerkschaften und Arbeitnehmer/innen gerichtete Gesetze um, da sie den Kapitalismus an sich akzeptieren.

„Neue Parteien“ liegen in der Luft

Im Moment liegt die Frage einer neuen Partei in der Luft - das ist Ausdruck der wachsenden Unzufriedenheit und der ernsten gesellschaftlichen Krise die sich gerade entwickelt. Es gibt Gerüchte über eine Abspaltung von der SPÖ aus dem Fussi Lager, gleichzeitig sollen diese Gerüchte aber gestreut worden sein mit dem Ziel die SPÖ in eine Ampelkoalition mit Neos und Grünen zu bringen. Eine solche Abspaltung, vor allem wenn wie kolportiert

Kern das Aushängeschild sein soll, wäre aber eher eine Abspaltung in eine liberale Richtung die auf urbane Mittelschichten setzt. Was aber passiert dann mit dem Rest der SPÖ? Was machen die Gewerkschaften? Was macht die FSG? Was macht Doskozil - geht er in eine Richtung wie Sarah Wagenknecht mit einer eigenen Partei (mehr zu Sarah Wagenknechts Politik auf www.solidaritaet.info - sie stellt die richtigen Fragen, aber gibt oft Antworten die spalten und innerhalb des Systems bleiben)? Wenn es tatsächlich eine Abspaltung gibt könnte eine Eigendynamik entstehen die die Karten völlig neu mischt.

Welche Partei brauchen wir?

Egal aus welchem Eck ein neues Projekt entsteht - vor dem Hintergrund der Teuerung stünde in ihr die soziale Frage im Vordergrund. Sie wären in Konkurrenz mit dem Coronagegner-Lager die sich auch auf die Teuerung einschießen. Mit einem Fokus auf Gewerkschaften und Kämpfe könnte aber eine neue Partei entstehen, die den Coronagegner eine Konkurrenz von Links entgegenstellt und Licht in die Verwirrung bringt - vor allem wenn es zu Streiks kommt. Eine neue Partei muss, um erfolgreich zu sein, Ausdruck dieser Entwicklungen sein, wirklich demokratisch sein und eine echte Alternative zu den etablierten Parteien bieten, zu ihrem Karrierismus und ihrer Korruption. Funktionär/innen einer solchen Partei sollten z.B. wie Elke Kahr nur einen Durchschnittslohn annehmen und den Rest spenden, um Kämpfe zu unterstützen. LINKS und die KP-Graz könnten hier Initiativen setzen, die als Katalysator wirken und ein Angebot an mögliche Abspaltungen aus der SPÖ machen - mit einem Programm, das mit dem Kapitalismus bricht und tatsächliche Antworten auf die oben gestellten Fragen gibt. Dadurch könnte über Forderungen und Programm debattiert werden, und darüber, welche Lehren aus vergangenen Bewegungen gezogen werden können. Die Frage der Teuerung zeigt die Notwendigkeit, eine Bewegung aufzubauen, die einem solchen Bündnis eine reale Basis gibt. Der Kapitalismus kann die Probleme die er schafft nicht mehr lösen - die „Sozialistische Offensive“ argumentiert, dass wir international mit ihm brechen und die Wirtschaft demokratisch nach den Bedürfnissen der Menschen und des Planeten planen müssen!

Energie sektor in öffentliches Eigentum und demokratisch planen!

David Kurz, SO Wien

Gaspreise explodieren

Österreich ist zu 80% von russischem Gas abhängig. Wenn Putin das Gas abdrehen müsste jede dritte Firma fast die komplette Produktion einstellen. Die Grünen haben angesichts der Gaskrise sogar die Umstellung mancher Kraftwerke von Gas auf Kohle angeordnet, falls Russland das Gas abdrehen. Beim letzten Säbelrasseln Ende August gingen die Gaspreise durch die Decke. Wien Energie und die EVN haben quasi eine Verdoppelung der Energiepreise angekündigt. Betroffen von den Preiserhöhungen sind besonders die kleinen Verbraucher ohne mehrjährige Verträge. Die explodierenden Preise auf den Märkten macht die Energieversorger in Europa zu schaffen. Wien Energie brauchte Milliarden an Sicherheiten vom Bund. In Deutschland hat es Uniper erwischt. Mehrere Staaten haben Schutzschirme installiert. Gleichzeitig machen einige Konzerne wie z.B. die Voest bei der Umrüstung auf Photovoltaik Profite auf dem Rücken der Krise. Wir könnten im Herbst eine Situation mit hoher Inflation einerseits und Betriebsschließungen und steigender Arbeitslosigkeit andererseits erleben. Wien Energie wird nicht der einzige Betrieb bleiben, der Staatshilfe braucht. Bereits jetzt kämpfen die Menschen mit dem Überleben, müssen sich im täglichen Einkauf massiv einschränken. Die Regierung macht Kampagne für Stromsparen durch die Haushalte. Aber für 40% des Gasverbrauchs in Österreich ist die Industrie verantwortlich, 40% gehen in die Energieerzeugung und nur 20% liegt bei den Einzelverbrauchern.

Demokratisch planen

Wien Energie ist zu 100% in öffentlichem Eigentum. Allerdings sind sie ausgelagert und die SPÖ führt Wien Energie wie ein normales kapitalistisches Unternehmen, kauft am Strommarkt ein und hält sich an die kapitalistischen Spielregeln - und an die in den 90er Jahren vorbereitete und 2001 eingeführte Liberalisierung des Energiemarktes (und damit das Merit-Order-System). Ähnlich ist das bei der Linz AG. Natürlich ist das nur ein Faktor in der aktuellen Krise, die ihre Wurzeln in der Weltlage hat. Es ist gut dass die SPÖ die Verstaatlichung der OMV fordert - genauso müsste sie aber auch eine Kampagne für die Entliberalisierung des Energiemarktes führen. Burgenland und Niederösterreich sind im Energiemin unabhängiger als Wien oder Linz - sie haben früher auf Windenergie umgestellt. Ein zentraler öffentlicher Energiesektor könnte aber bundesländerübergreifend planen, auf alternative Energien wie Wasser und Wind zugreifen und damit die Preise in Gesamtösterreich stabiler halten. Bei der Liberalisierung wurden uns sinkende Preise durch die Konkurrenz der Anbieter versprochen. Das Gegenteil ist passiert. Die Gewinne verbleiben bei den Unternehmen und werden nicht in neue Technologien oder um Versorgungslücken zu schließen investiert. Der Energiesektor muss daher als gesamtes (wieder) in öffentliches Eigentum gebracht und unter demokratische Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung gestellt werden. Diese Unternehmen dürfen nicht wie die „alte Verstaatlichte“ nach kapitalistischen Gesichtspunkten geführt werden - das geht aber nur in einer demokratisch nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten geplanten Wirtschaft.

Für Preiskontrollen - mit dem Kapitalismus brechen!

Das bedeutet auch eine Deckelung der Energiepreise für Einzelverbraucher/innen und kleine Unternehmen. Der ÖGB schlägt eine Deckelung bis zu einem bestimmten Verbrauch vor, die Verbrauchsmenge ist aber eher knapp bemessen. Gut wäre ein Kontingent mit Preisdeckelung das sich nach Faktoren wie auch Haushaltgröße, Energieklasse der Wohnung und außerordentliche Faktoren wie Homeoffice richtet. Niemand soll im Winter frieren müssen! Weiters nötig ist ein Preisdeckel bei Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs, wenn nötig auch Überführung der großen Handelsketten in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. Wir brauchen eine Perspektive, die mit dem Kapitalismus bricht. Die Energie und Klimakrise lässt sich auch nur auf internationaler Ebene lösen. Aber nicht wie die EU das versucht, indem sie Staaten wie Spanien dazu zwingen will, Deutschland und Österreich zu retten. Diese Staaten erinnern sich noch sehr gut an die harte Linie der wirtschaftlich stärkeren Staaten in Bezug auf Griechenland 2015. Im Moment wird überlegt europaweite Preiskontrollen einzuführen, aber da gibt es unterschiedliche Interessen. Aufgrund der steigenden Spannungen ist ein Zerbrechen der EU nicht auszuschließen. Die Situation lässt sich nur durch internationale Solidarität der Arbeiter/innenbewegung lösen, durch eine freiwillige Föderation auf sozialistischer Ebene - nicht auf kapitalistischer. Dann könnte international nach den Bedürfnissen der Menschen geplant werden, nicht nach Profiten.

Sozialistische Offensive

Wer wir sind

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers’ International“, www.socialistworld.net). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitssystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien.

Kapitalismus bedeutet wiederkehrende Krisen, ungewisse Zukunft, Senkung des Lebensstandards, Unterdrückung, Krieg, Klimakatastrophe und Diskriminierung. Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial sicheren und gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die Beschäftigten kontrolliert und verwaltet wird. Eine solche Gesellschaft würde ermöglichen, dass ihre Ressourcen im Sinne der Bedürfnisse der Mehrheit demokratisch geplant werden, nicht für die Profite einer Minderheit und zwar auf eine nachhaltige Art und Weise die den Planeten nicht zerstört. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der Sowjetunion oder dem Ostblock existierten – aber auch nichts mit dem „Sozialismus“ für den die prokapitalistische sozialdemokratische Führung steht. Solch eine Gesellschaft muss durch Bewegungen der ArbeiterInnenklasse erkämpft werden.

Aktuelle Artikel zu internationalen Entwicklungen und Fragen:
www.sozialistischeoffensive.home.blog
www.socialistworld.net

Streikwelle in Britannien: Sommer der Unzufriedenheit

Von Rayuela, SO Wien / Sol Mainz

Die Gewerkschaften in Großbritannien kündigen einen 'Sommer der Unzufriedenheit' an. Damit nehmen sie direkt Bezug auf die historischen Streiks 1978/79 in dem zehntausende von britischen Arbeiter*innen im öffentlichen und privaten Sektor in den Streik gingen, um damit gegen das Vorgehen der damaligen Labour Regierung zur Bekämpfung der Inflation eine Obergrenze bei den Lohnerhöhungen um 5 % durchzusetzen. Diese Streiks gingen als 'Winter der Unzufriedenheit' in die Geschichte eingang. Auch heute haben wir wieder eine grassierende Inflation, deren weitere Entwicklung sich aufgrund von Faktoren wie dem Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf den Weltmarkt nicht abschätzen lässt. Und wieder versuchen britische Unternehmen und die Regierung die dringend benötigten Lohnerhöhungen zu verhindern.

Streikwelle ausgehend von der RMT

Die gegenwärtigen Streiks nahmen ihren Ausgang im Eisenbahn und Transportsektor. In einer Urabstimmung der RMT (National Union Rail, Maritime and Transport Workers) haben 89% der 40 000 Mitglieder für einen Streik gestimmt, nachdem 14 der privaten Eisenbahnunternehmen eine Gehaltserhöhung von 4% vorgeschlagen hatten. Bei einer Inflationsrate, die bis zum Jahresende bei geschätzten 13% liegen soll, liegt dies weiter hinter einer Realloherhöhung. Weiterhin wurde den Eisenbahngesellschaften massive Einsparungsmaßnahmen von Regierungsseite auferlegt, die auf die Beschäftigten und Kunden abgewälzt werden

sollen. Als Grund für die Sparmaßnahmen wird der Rückgang an Fahrgästen während der Pandemie angeführt. Tatsächlich wird eine Erholung bei Eisenbahn, Metro, und Bus beobachtet, von der aber vornehmlich die Unternehmer profitieren. Die Wut der Arbeiter*innen ist berechtigt als auch unvermeidlich und verlangt nach Aktionen in Form von Streiks.

Breite Unterstützung in der Bevölkerung

Für die Regierungsseite war der Ausgang der Urabstimmung bei der RMT ein Schock. Mit einem so breiten Zuspruch hatte man nicht gerechnet. Johnson's Reaktion ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Er warf der RMT vor, dass sie mit ihrem Streik an dem Ast sägen würden, auf dem sie sitzen, da es die Pendler seien, die ihre Jobs sichern und die sie mit dem Streik verärgern würden. Dem Streik schloss sich auch die Lokführergesellschaft ASLEF an. Anstatt nach Lösungen zu suchen, die eine wirkliche Verbesserung der Lebenssituationen der Arbeiter*innen bilden würden, werden von der Regierung weitere Repressionen auf den Weg gebracht, die einzige und allein dazu dienen die Profite der Unternehmen schützen. Der Verkehrsminister brachte eine Gesetzesänderung ein, durch die die Eisenbahnunternehmen dazu verpflichtet werden sollen einen Minimalbetrieb aufrecht zu erhalten. Dies sollte gewährleistet werden, in dem auf Leiharbeitsfirmen zurückgegriffen wurde. Konsequenz dieses Vorgehen ist eine völlig unnötige Gefährdung der Fahrgäste, die aber anscheinend in Kauf genommen wird, um das Streikrecht zu unterwandern und

das kapitalistische System zu schützen. Die breite Zustimmung und Unterstützung, die die Streiks in der Bevölkerung finden sind, überaus ermutigend. Menschen kommen zu den Streikposten, um ihre Solidarität zu bekunden, zu diskutieren, oder einfach nur um Kaffee zu verteilen. Inzwischen haben auch weitere Gewerkschaften wie z.B. im Telekommunikationssektor Streiks begonnen, während z.B. bei Amazon spontane Proteste von noch unorganisierten Arbeiter*innen stattgefunden haben. Die verzweifelten Versuche der Tory Regierung, gegen die Streikbewegung vorzugehen, finden dagegen nur beim Kapital Unterstützung.

Streiks koordinieren!

Die Socialist Party (CWI in England & Wales) unterstützt die Streiks an den Streikposten, in den Betrieben sowie über Netzwerke wie das National Shop Stewards Network (NSSN). Es gilt jetzt durch eine gute Organisation die Streiks zu koordinieren und auszuweiten und die gegenwärtige Schwäche und Zerrissenheit der regierenden Tories auszunutzen. Dass Starmers Labour sich weigert die Streiks zu unterstützen, zeigt dass es nötig ist, dass die Arbeiter*innenklasse auch in Britannien ihre eigene Partei bekommt, wie die Socialist Party fordert. Streiks wie jene der Müllfahrer*innen in Coventry zeigen, dass mit einer entschlossenen Strategie und Taktik Kämpfe erfolgreich sein können - es wurden mit sechs Monaten Streik 12% Lohnerhöhung (bei 9% Inflation erkämpft). Es braucht jedoch eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft, damit diese Erfolge abgesichert werden.

Welcher Ausweg aus dem Pflegenotstand?

Von Sandra Ilves, Beschäftigte im Pflegesektor, SO Wien

Suizide unter Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen nehmen zu!

Von den Schauergeschichten der Pflege lesen die Menschen immer öfter, doch für die Mitarbeiter in diesem Bereich sind es nicht bloß Schauergeschichten, sondern gelebte Realität. Bereits vor COVID-19 wurde mit extremer Arbeitsbelastung, schlechter Bezahlung und katastrophalen Arbeitszeiten, geschweige denn dem chronischen Personalmangel gekämpft, doch die Pandemie hat diese Probleme auf eine neue Stufe emporgehoben. Doch nicht nur die ausgebildeten Fachkräfte müssen mit unmenschlichen Bedingungen zureckkommen, auch pflegende Angehörige ringen mit Verzweiflung und Überforderung. In einer erschreckenden Regelmäßigkeit bekommen wir Artikel über Morde und Selbstmorde zu lesen, pflegende Angehörige, welche keinen Ausweg mehr sehen, als den zu Pflegenden erst zu töten und dann sich selbst. Ein Aufschrei, so laut, dass man ihn nicht ignorieren kann.

Pflegepaket: Tropfen auf den heißen Stein!

Selbst unsere Regierung kann die Augen im Angesicht dieser Missstände nicht mehr einfach verschließen und so wurde Mitte Mai das „größte Pflege-Reformpaket“ der vergangenen Jahrzehnte präsentiert. Das Paket umfasst insgesamt 20 Maßnahmen mit einem Volumen von 1 Mrd Euro für den Pflegeberuf, die Ausbildung sowie für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige. Zum Vergleich hierzu ist für die Aufrüstung Österreichs als Ziel gesetzt noch in diesem Jahr auf 1 % des BIP zu kommen. Dies entspräche bereits etwa 4 Mrd. Euro jährlich! Doch nicht bloß das Budget, auch die Maßnahmen sind unzureichend. Falls der Plan der Regierung aufginge, gäbe es dennoch frühestens in 4 Jahren eine wirkliche Entlastung durch mehr Personal – viel zu spät. Doch nun gibt es auch noch Diskussionen, wie man die Pflegelehre überhaupt umsetzen kann. Ein Problem jagt das andere und jede Lösung bringt neue Probleme mit sich.

Nach den Bedürfnissen der Menschen statt nach Profiten!

Dabei wäre die Lösung simpel: Zum einen wäre eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich, wie sie von der Bewegung schon seit Jahren gefordert wird, notwendig.

Zum anderen wäre der gesamten Pflegebereich komplett in öffentliches Eigentum zu überführen unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und der zu Pflegenden. Dies würde ermöglichen, dass Pflege nicht auf Profit ausgerichtet ist, sondern am Bedarf und den Bedürfnissen der Menschen. Denn auch der Pflegebereich, in dem die verschiedenen NGOs der Sozialwirtschaft aktiv sind, ist zumindest teilprivat organisiert, was bedeutet, dass Profite gemacht werden und die zu Pflegenden zahlen müssen. In einer sozialistischen Gesellschaft steht der Mensch im Mittelpunkt - Pflege, welche als Menschenrecht angesehen werden würde und daher für die zu Pflegenden kostenlos wäre, Pflegende, welche humane Arbeitszeiten und angemessenen Lohn erhielten, Angehörige, welche diese Last nicht mehr auf ihren Schultern tragen müssten. Doch solange unsere „Volksvertreter“ am Kapitalismus festhalten, wird dies eine Utopie bleiben. Es liegt an uns aufzustehen und daraus eine Realität zu machen. Ein Schritt in diese Richtung könnte eine gemeinsame Initiative von Gewerkschaften, Klient*innen und Angehörigen sein, die bei den Kämpfen und Initiativen ansetzt die es bereits in diesem Bereich gibt.

Mehr zum Pflegepaket auf <https://sozialistischeoffensive.home.blog>

Einkommen rauf, Preise runter - Lebensstandards verteidigen: Für einen sektorübergreifenden bundesweiten Streiktag als nächsten Schritt!

Von Laura Rafetseder, SO Wien

Lebensstandards verteidigen!

Die Energiepreise gehen durch die Decke, Lebensmittel werden immer teurer, das tägliche Leben ist kaum noch leistbar. Gleichzeitig gab es im Handel im Juni bereits einen 8,3% Einbruch. Der Mini-Warenkorb ist im Juli um 19,1% teurer geworden. Mit den nun angehobenen Leitzinsen, der unsicheren Situation in Bezug auf Gas, drohender Rezession in Deutschland und drohender Staatsschuldenkrise in Italien spitzt sich die Situation immer mehr zu. Wenn Russland das Gas abreht müsste jede dritte Firma fast die komplette Produktion einstellen. Wir könnten im Herbst eine Situation mit hoher Inflation und Betriebsschließungen und steigender Arbeitslosigkeit erleben. Bereits jetzt kämpfen die Menschen mit dem Überleben, müssen sich im täglichen Einkauf massiv einschränken. Die Angst vor dem Winter und möglichen Einschränkungen beim Heizen ist groß.

Lüge Lohn-Preis-Spirale

Denn egal was die Regierung diskutiert um die Preisansteige erträglicher zu machen, eines diskutiert sie ganz sicher nicht: Höhere Löhne, Pensionen, Arbeitslosengeld für die Beschäftigten. Genau das braucht es aber. Die Kapitalist/innen argumentieren, dass mit höheren Löhnen eine Lohn/Preis-Spirale in Gang gesetzt würde, aber das stimmt nicht: Höhere Löhne schmälern nur die Profite der Unternehmen. Ob die Unternehmen die höheren Löhne in Form von Preiserhöhungen weitergeben, kommt darauf an ob sie ihre Güter überhaupt zu höheren Preisen loswerden können. Es ist auch eine Sache des Kräfteverhältnisses und könnte durch Preiskontrollen verhindert werden. Diese allerdings werfen die Frage auf, wer die Wirtschaft kontrolliert - denn Unternehmen könnten als Folge versuchen sich dem entziehen, indem sie z.B. die Produktion verlagern. Unternehmen, die dies androhen, sollten in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung übernommen werden.

Drohender Kaufkraftverlust aufgrund ÖGB-Taktik

Das deutsche Wirtschaftsinstitut WSI schätzt dass es heuer in Österreich einen Kaufkraftverlust von 4,2% geben wird. Zum Vergleich: EU-Schnitt ist ein Minus von 2,9% (auch Deutschland soll nur ein Minus

von 2,9% verzeichnen). Ein Grund könnte die Taktik vom ÖGB sein, die durchschnittliche Inflationsrate des letzten Jahres als Basis für die Lohnrunden zu nehmen. Das hat natürlich Vorteile in Zeiten von fallenden Infaltionsraten bzw. Deflation. Für Zeiten mit steigender Inflationsrate bzw. gar Stagflation (was ein mögliches Szenario angesichts der anhaltenden Lieferketten Schwierigkeiten ist) bedeutet dies jedoch ein Hinterherhinken hinter der Realität der Menschen. Die Forderungen sollten sich danach richten was die Menschen jetzt benötigen - an der aktuellen Inflationsrate! Forderungen von 15% sind absolut gerechtfertigt, alles unter 10% ist ein Reallohnverlust. Mit der steigenden Inflation kann es nötig werden auf automatische Abgeltung der aktuellen Inflation zu setzen, sodass der Kampf nur noch um die darüberhinausgehenden Steigerungen geführt werden muss. Aber auch das muss erkämpft werden. Es ist möglich, die ÖGB-Führung von unten durch den Aufbau von Initiativen durch die Mitgliedschaft unter Druck zu setzen, um Reallohnverluste zu verhindern!

Gewerkschaftlicher Eskalationsplan nötig!

Der ÖGB hat nun am 17.9. zu Demonstrationen in den Bundesländern unter dem Motto „Preise runter“ aufgerufen - das ist eine sehr wichtige Mobilisierung. Sie kann MFG, FPÖ und Co. die Schnid abkaufen und verhindern dass die Teuerung von rechts aufgegriffen wird. Das Paket der Bundesregierung und der Stadt Wien sind nämlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Wie sollen die Menschen auf der Basis von Einmalzahlungen mit einer Verdopplung der monatlichen Energieraten zurecht kommen? Es darf keine Reallohnverluste geben, nicht nur in den starken gut organisierten Branchen wie bei den Metaller/innen, sondern auch in den schwächeren, schlechter organisierten Branchen. Es gab im Frühjahr bereits Kämpfe - Warnstreiks im Bankensektor, Elektro, Chemie und Papier, der Streik am Linzer Keplerklinikum sowie Betriebsversammlungen der Kindergartenpädagog/innen. Hier muss angesetzt werden. Kleinere und schlechter organisierte Branchen profitieren davon, wenn es gemeinsame koordinierte Kampfmaßnahmen gibt. So könnten Reallohnverluste vermieden werden. Die gemeinsame Demonstration darf keine Dampfabblassaktion sein - vielmehr könnte sie ein erster Schritt sein um einen gemeinsamen Kampf vorzubereiten, mit öffentlichen Betriebsversammlungen hin zu einem branchenübergreifenden bundesweiten Streiktag - für folgende Forderungen:

- Keine faulen Kompromisse - Lebensstandards verteidigen!
- Keine Reallohnverluste! Für entsprechende Lohnerhöhungen in allen Branchen sowie Anhebung der Pensionen!
- Kein Verkaufen von Reallohnverlusten als Reallohnsteigerungen - Erhöhung muss über der aktuellen Inflation liegen!
- Erhöhung des Arbeitslosengelds (ohne spätere Absenkung des Prozentsatzes wie ursprünglich von Kocher vorgeschlagen!)
- Überführung des gesamten Energiesektors in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung und Entliberalisierung des Energiemarktes!
- Demokratische Planung des öffentlichen Energiesektors entlang klimapolitischer und sozialer Kriterien, inklusive Deckelung der Energiepreise für Einzelverbraucher/innen und kleine Unternehmen
- Preisdeckel bei Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs, wenn nötig auch Überführung der großen Handelsketten in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Rücknahme der Anhebung der Richtwertmieten

Arbeitnehmer/innen brauchen ihre eigene Partei!

Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zeigen uns, dass der ÖGB - aufgrund der politischen Loyalität der FSG-Führung zur SPÖ - mehr Spielraum hat, wenn die SPÖ in Opposition ist (z.B. Streiks gegen die Pensionskürzungen 2003, Mobilisierung gegen den 12-Stundentag 2018). Dass alle Zeichen darauf hindeuten dass die SPÖ in einer neuen Regierung sein wird, wenn die gegenwärtige Regierung kracht, bedeutet, dass der ÖGB bei einer Regierung mit SPÖ-Beteiligung weniger Spielraum haben wird. Wie wird die SPÖ - egal ob in Ampelkoalition oder großer Koalition (so die ÖVP nicht zerbröselt) die multiplen Krisen handeln können? Sie wird wieder versuchen die Probleme die es gibt im Kapitalismus zu lösen. Aber der Kapitalismus kann die Probleme die er schafft nicht mehr lösen, er kann sie höchstens verschieben. Alle Instrumente des Krisenmanagements sind aufgebraucht, das Pulver ist verschossen. Die Arbeitnehmer/innen benötigen ihre eigene Partei, die bereit ist, einen Kampf für die Verteidigung der Lebensstandards zu organisieren - und mit dem Kapitalismus zu brechen!

Du willst aktiv werden? Jetzt mitmachen!